

Zeitgemäßes Erinnern

Erinnerungspolitisches Handeln im Zeichen gesellschaftlichen Wandels am Beispiel der Koordinierungsstelle Erinnerungskultur im Kulturstadamt der Landeshauptstadt Stuttgart



Foto: Julia Ochs

Nadine Seidu ist Kulturwissenschaftlerin und Leiterin der Koordinierungsstelle Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Stuttgart



Foto: Julia Ochs

Marc Gegenfurtner ist Leiter des Kulturstadamts der Landeshauptstadt Stuttgart

Mit dem Positionspapier »Erinnern ist Zukunft« des Deutschen Städtetages hat das Thema einer sich in steter Veränderung befindlichen Erinnerungskultur und vor allem deren sozial relevante und vor allem breitere Diskurswirkung nun auch kulturpolitisch eine Bestätigung erfahren, die damit zu einem stärkeren überregionalen Austausch und einer interkommunalen Behandlung sowohl durch die Kulturverwaltungen als auch durch erweiterte Akteur:innen-Kreise jenseits der institutionellen Netzwerke auffordern kann.

Dass Erinnerungskultur als Pfeiler demokratischen Miteinanders angesehen wird, ist allerdings noch kein Positionspapier wert. Und dennoch markiert es einen neuen Weg. Was also ist neu an dem Thema? Vielleicht ist ein entscheidender Aspekt die notwendige Überarbeitung der Definition von »eigener Geschichte«. Denn die verweist beinahe 80 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges, fast 70 Jahre nach den ersten Anwerbeabkommen, über 30 Jahre nach der offenbar mehr denn je historisch wie soziologisch erklärungsbedürftigen Zusammenführung zweier deutscher Staaten, einer hohen weltweiten Mobilität sowie zahlreicher globaler Krisen mit Fluchtentwicklungen ins Zentrum Europas auf die Notwendigkeit neuer gemeinsamer historischer Narrative sowie deren Sichtbarmachung und Vernetzung. Die Umsetzung dieses großen Rades der Geschichte allerdings erfordert entsprechend auch neue Herangehensweisen und Perspektivenerweiterungen.

Denn auch wenn offizielles Erinnern jenseits der fachlichen Ebene von Geschichts- und Kulturwissenschaft sowie einigen anderen akademischen Disziplinen, also in der breiteren Öffentlichkeit meist mit institutionalisiertem Gedenken durch Museen, Archiven, Gedenkstätten oder Denkmälern assoziiert wird, so wird Erinnerungskultur tatsächlich bereits seit Jahrzehnten ebenso effektiv und sichtbar durch ehrenamtliche Initiativen und

Verbände geleistet. Einrichtungen wie das NS-Dokumentationszentrum München oder das Stuttgarter »Hotel Silber« verdanken ihre Existenz sogar solchen bürgerschaftlichen Bewegungen.

Das zeigt denn auch die Dynamik auf, die in dem Feld der Erinnerungskultur steckt, und die mit den gesellschaftlichen Entwicklungen und den damit einhergehenden Diskursen der letzten Jahre auch Erweiterung und dementsprechend systemimmanent auch noch mehr Dissens erzeugt. Längst gibt es Stimmen jenseits des eingeübten kollektiven bundesrepublikanischen Gedächtnisses der Nachkriegszeit, die daran erinnern, dass sich nicht nur Stadtgesellschaften erweitert haben, sondern lange Zeit und oft immer noch marginalisierte Menschen auch neue Narrative einbringen, die wiederum aus einer vermeintlich normativen Erzählung neue und erweiterte Stränge generieren, die letztlich wieder zusammengeflochten werden sollten, um der faktischen Multiperspektivität auch Sichtbarkeit und Verbleib im kollektiven Gedächtnis zu geben. Auch erreicht die Konstante der deutschen Erinnerungskultur, die Verarbeitung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und die weiterhin maßgebliche mahnende Erinnerung an die Shoa sowie der historische Weg dorthin nicht alle in Deutschland lebenden Menschen gleichermaßen und selbstverständlich.

Diese für manche langjährige Akteur:innen immer noch nicht vollständig verinnerlichteten Tatsachen erfordern aber auch neue Wege in Darstellung, Vermittlung und Umsetzung. Deswegen kann eine Begleitung durch die Kulturverwaltungen von Vorteil sein.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Im besten Fall stehen die erinnerungskulturellen Einrichtungen in einem konstanteren Austausch auch mit den Verwaltungen und gewährleisten somit einen besseren Informationsfluss und präzisere Bedarfs-

ermittlungen. Auch lassen sich neue Formen der Erinnerungskultur wie künstlerische Projekte oder künstlerische Forschungsprozesse, auch der freien Szenen, konstruktiver vernetzen und auch bestenfalls kofinanzieren.

Die öffentliche Verwaltung kann ihre Rolle als (pro) aktive Gestalterin offizieller und mitunter auch wirkungsvoller ausspielen. Als Mittlerin kann sie Marginalisierung ausgleichend entgegenwirken, indem sie strukturelle Ausschlüsse identifiziert und Prozesse moderierend begleitet.

Die Koordinierungsstelle Erinnerungskultur

Mit der Koordinierungsstelle Erinnerungskultur hat das Kulturamt der Landeshauptstadt Stuttgart auf diese Entwicklung bereits vor zwei Jahren reagiert. Sie ist Ergebnis eines Antrages der Sachkundigen Bürger:innen – also ebenfalls eine Grassroot-Idee –, welche konstruktiv vom Gemeinderat der Stadt Stuttgart aufgenommen und dort in einem Beschluss umgesetzt wurde. Mit der Koordinierungsstelle Erinnerungskultur entstand eine Schnittstelle zwischen allen Akteur:innen auf dem Feld der Erinnerungskultur: Politik, Gedächtnis- und Bildungsinstitutionen, Verwaltung, Künstler:innen und insbesondere auch der breiten und fachkundigen Szene ehrenamtlicher Initiativen. Ganz bewusst nimmt sie eine moderierende Rolle ein, arbeitet dialogisch und prozesshaft in Zusammenarbeit mit der Stadtgesellschaft. Das aus dem Prozess heraus neu gegründete »Netzwerk Erinnerung Stuttgart« gibt dieser Zusammenarbeit eine strukturelle Basis zur gemeinsamen Gestaltung eines zukünftigen Gesamtkonzepts für eine neue städtische Erinnerungskultur, das die unterschiedlichen Perspektiven zusammenführt. Unter der Berücksichtigung gesellschaftlicher Machtverhältnisse verschreibt sich die Koordinierungsstelle zudem der Sichtbarmachung marginalisierter Perspektiven auf das Erinnern.

Erfahrungen aus der Praxis

In einer Gesellschaft, in der große Teile der Bevölkerung bisher nicht oder kaum im Rahmen einer offiziellen Erinnerungskultur repräsentiert sind und deren Erinnerungen nur selten im öffentlichen Raum sichtbar werden, ist eine neue inkludierende Erinnerungskultur ein Schritt hin zu einem zukunftsorientierten Gesellschaftsverständnis. Der Bedarf und das Interesse zur Mitgestaltung sind groß. In der Memo-Jugendstudie, die Teil des multidimensionalen Erinnerungsmonitors ist, erforscht das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld (IKG), was und wie Bürger:innen in Deutschland erinnern. Diese Untersuchung bestätigt, dass das Interesse der jüngeren Generationen am Thema Erinnerungskultur sehr groß ist. Voraussetzung ist allerdings ein starker Gegenwartsbezug und der Einsatz neuer Formate.

Das spiegelt die Erfahrungen der Koordinierungsstelle Erinnerungskultur in Stuttgart mit dem Netzwerk Erinnerung wider. Die Beteiligten im Alter von

20 bis 86 fühlen sich vor allem von Formaten angesprochen, die eine aktive Mitgestaltung einer breiten und vielstimmigen Erinnerungskultur ermöglichen. Dabei sollen auch etablierte Leitsätze wie »Nie wieder!« mit ganz konkreten Handlungen und einem aktiven Einsatz gegen allgegenwärtigen Antisemitismus, Rassismus und anderen Diskriminierungsformen verbunden werden. Mit einem sensiblen Radar für gesellschaftliche Ungleichverhältnisse ausgestattet, fordern insbesondere auch die jüngeren Generationen sowie marginalisierte Gruppen einen strukturellen Wandel in der Erinnerungskultur, der die Zugänglichkeit zu Ressourcen und die Sichtbarmachung vielfältiger Perspektiven ermöglicht.

Dass breit aufgestellte demokratische Prozesse im Bereich der Erinnerungskultur keinesfalls konfliktfrei verlaufen müssen, zählt ebenfalls zu den in der Koordinierungsstelle gemachten Erfahrungen. In Zeiten des Umbruchs und eines dynamischen Diskurses zeigen sich – verständlicherweise – Verlustängste etablierter Gruppen bis hin zu Abwehrreaktionen. Auch ist der Diskurs um Erinnerungskultur gerade Plattform für noch größere Fragen von Zugehörigkeit und dem Ruf nach zukunftsfähigen Gesellschaftsmodellen. Positiv gesehen sind diese Konflikte jedoch eine Chance, durch konstruktive Dialoge langfristige und nachhaltige Veränderungen anzustoßen. So erscheint das Netzwerk Erinnerung Stuttgart, in dem diverse Gruppen, auch jüdische, muslimische, Schwarze, migrantische sowie queere Stimmen gleichermaßen vereint sind, fast selbst wie ein gesellschaftliches Reallabor.

Neben der Rolle der Kulturverwaltung, die, wie oben beschrieben, als Motor dieser Transformationsprozesse wirken kann, ist auch eine veränderte Haltung der Gedächtnisinstitutionen gefragt. Mit einer neuen und notwendig anderen Ansprache der oben beschriebenen Adressat:innengruppen scheint jedoch das Interesse der Institutionen an einer Teilnahme am gemeinschaftlichen Prozess zu sinken. Da sich im Netzwerk Erinnerung Stuttgart nicht wenige Menschen befinden, die sich selbst als Nicht-Besucher:innen von Kultureinrichtungen bezeichnen würden, wäre das jedoch ein gewinnbringender Raum für neue Dialoge. An dieser Stelle wäre eine größere Offenheit etablierter Institutionen für Prozesse, die Deutungshoheiten im Bereich der Erinnerungskultur aufweichen, wünschenswert.

Aus den praktischen Erfahrungen der Koordinierungsstelle heraus ergibt sich die Erkenntnis, dass sich eine große Chance darauf ergibt, wenn das Thema des multiperspektischen Erinnerns aus akademischen Diskurs- und Machträumen herausgeholt wird. Übertragen in die Praxis und im Einsatz mit Bürger:innen lässt sich aus dem Ansatz ein an gesellschaftliche Realitäten angepasstes Handeln ableiten, das Bedürfnisse einer sich wandelnden Gesellschaft wahr- und ernstnimmt. ■